

Strategiepartei (STP)

Programm

1. Einleitung

In der heutigen komplexen Welt fehlt es an der Übersicht. Die Politik neigt dazu, sich im Tagesgeschäft zu verlieren. Die Strategiepartei will sich über das Tagesgeschäft hinaus mit den drängenden und grossen Problemen der Gegenwart beschäftigen. Diese Probleme sind globaler Natur und benötigen eine globale Antwort. Die Strategiepartei will deshalb politisch global tätig sein.

Um diese Probleme zu erkennen und soweit möglich zu lösen, kann sich die Strategiepartei auf das Programm und die Schriften der Basler Gesellschaft Au Bon Sens stützen (www.aubonsens.ch). Die Basler Gesellschaft Au Bon Sens ist ein Think Tank, der sich seit Jahrzehnten mit grundlegenden Fragen beschäftigt. Ausgangspunkt des Programms der Basler Gesellschaft Au Bon Sens ist die Suche nach dem Sinn des Daseins – eine interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeit. Beim heutigen Wissensstand geht es darum, die sinnvollen Ziele der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution zu suchen. Gleichzeitig soll der aktuelle Sinn bestimmt werden.

Die Strategiepartei will das Programm der Basler Gesellschaft Au Bon Sens umsetzen und weiterentwickeln. Dementsprechend ist unser politisches Programm wie das Programm der Basler Gesellschaft Au Bon Sens auf einen Zeithorizont von 100 Jahren angelegt, wobei einzelne Punkte schon früher umgesetzt werden können. Wir denken international und interdisziplinär und sind sowohl in der Breite als auch in der Tiefe gut informiert. Ganz besonders wichtig ist es für uns, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu kennen und zu befriedigen: Für uns ist der Staat der Diener der Bevölkerung. Aufgrund unseres holistischen Ansatzes und unserer fundierten Ideen sind wir besser als andere Parteien in der Lage, den Staat so zu organisieren, dass diese Bedürfnisse auch tatsächlich umfassend erkannt und befriedigt werden resp. die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die Bevölkerung ihre Bedürfnisse selbst befriedigen kann. Die Bewertung der Bedürfnisse erfolgt anhand des aktuellen Sinns, was als Synthese bezeichnet werden soll.

Im Folgenden können wir nur die wichtigsten Punkte unseres Programms und diese nur verkürzt darstellen. Für ein tieferes Verständnis unserer Ideen ist es unumgänglich, die in den Quellen zitierten Schriften zu studieren. Dies gilt insbesondere bei gewissen Tabuthemen wie Religionen, Bevölkerungspolitik oder Weltstaat, ansonsten das Risiko besteht, Vorurteilen oder Missverständnissen aufzusitzen. Doch Sie müssen am Ende selbst beurteilen, ob wir die richtigen strategischen Themen ausgewählt haben und ob Sie unsere Lösungen überzeugen.

Quellen

Programm der Basler Gesellschaft *Au Bon Sens*, 2. Auflage, Basel 2009

2. Sinnsuche, zweite Aufklärung und aktueller Sinn

a) Da der Sinn des Daseins nicht bekannt ist, an dem sich unser Verhalten ausrichten könnte, ist dieser Sinn zu suchen. Dabei verstehen wir unter dem Sinn des Daseins nicht nur den Sinn des Lebens oder gar eines einzelnen Lebens, sondern den Sinn aller Erscheinungen, also des ganzen Universums.

Die Tatsache, dass der Sinn des Daseins nicht bekannt ist und deshalb auch nicht autoritär festgelegt werden darf, muss in diesem Zusammenhang zu einer grundsätzlich demokratischen und liberalen Position führen. Allerdings kann die Sinnsuche nicht allein eine Aufgabe des einzelnen Menschen sein, da er damit völlig überfordert wäre. Nichtsdestotrotz muss sich der einzelne Mensch mit Sinnfragen beschäftigen.

b) Die Suche nach dem Sinn des Daseins, genauer den sinnvollen Zielen der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution ist vornehmlich eine interdisziplinäre wissenschaftliche Aufgabe und richtet sich in erster Linie an die Naturwissenschaften, unter Berücksichtigung philosophischer Fragen. Internationale Zusammenarbeit ist unumgänglich. Dies betrifft z.B. die Kosmologie, Raumfahrt, Quantenmechanik, Computertechnologie, Gentechnologie und die Hirnforschung. Diese Sinnsuche soll das grosse gemeinsame Projekt der Menschheit werden. Mit der Idee der Sinnsuche soll der Menschheit die gemeinsame Grundlage vor Augen geführt werden, auf der sie sich über alle Grenzen hinweg vereinigen kann. Sie soll zu einem Abbau unnötiger ideologischer Konflikte führen. Es soll vermehrt das Verbindende statt das Trennende aufgezeigt werden. Dabei hilft ein gemeinsames naturwissenschaftliches Weltbild. Alle diejenigen, welche in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft bedeutende Entscheide zu treffen haben, sind dazu aufgerufen, die Sinnsuche zu fördern.

c) Mangels Kenntnis des Sinns des Daseins muss der jeweils aktuelle Sinn bestimmt werden, an dem sich unser Verhalten ausrichten kann. Der aktuelle Sinn besteht unserer Meinung nach darin, komplexe Strukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Komplexe Strukturen können sowohl physischer als auch geistiger Natur sein. Damit wird die kulturelle Evolution auf eine ausreichend breite Grundlage gestellt.

d) Im Zusammenhang mit der Sinnsuche ist eine zweite Aufklärung einzuleiten, die Geistes- und Naturwissenschaften zusammenführt. Sie soll über den Bereich der Wissenschaften hinaus auch in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft ausstrahlen.

e) Ein weit verbreitetes Studium generale unterstützt die Sinnsuche und die zweite Aufklärung.

Quellen

Der Sinn des Daseins, Basel 2000

Ziele, Basel 2010

Grundlagen des Studium generale, Basel 2008

3. Staatsleitung

a) Der Staat ist die einzige Organisation aller. Deshalb steht er in einer umfassenden Verantwortung, ähnlich derjenigen einer Rückversicherung ("last resort").

b) Der Staat muss als Organisation aller so organisiert sein, dass er die synthetisierten Bedürfnisse der Bevölkerung optimal befriedigt, dabei aber vor allem die Voraussetzungen schafft, dass diese Bedürfnisse in angemessener Weise von der Bevölkerung selbst optimal befriedigt werden können. Dies ist das oberste Staatsziel. Der Staat muss zwar an alles denken, er darf aber nicht alles beherrschen. Die Synthese der Bedürfnisse erfolgt anhand des aktuellen Sinns. Dieser besteht, wie erwähnt, in der Erhaltung und Weiterentwicklung komplexer Strukturen.

c) Um das oberste Staatsziel zu erreichen und einen Staat zu führen, ist die Staatsleitung so zu organisieren, dass ein geschlossener und folgerichtiger Ablauf sichergestellt ist. Der Staat soll folglich in acht Schritten geführt werden:

- Im ersten Schritt müssen die Bedürfnisse der Bevölkerung ermittelt werden.
- Im zweiten Schritt sind die Bedürfnisse untereinander und aufgrund ihrer Bedeutung im Gesamtzusammenhang zu bewerten, der sogenannten Synthese. Dabei dient der aktuelle Sinn als Massstab.
- Im dritten Schritt sind aufgrund der synthetisierten Bedürfnisse die Staatsziele festzulegen, die zur Befriedigung dieser Bedürfnisse führen.
- Im vierten Schritt sind diese Staatsziele umzusetzen, sei dies durch die Rechtsetzung oder durch NPM-Instrumente wie Produkte und Leistungsaufträge.
- Im fünften Schritt sind neben der Anwendung der Rechtsetzung die Produkte herzustellen und die Leistungsaufträge zu erfüllen.
- Im sechsten Schritt ist das System zu kontrollieren.
- Im siebten Schritt ist das System zu falsifizieren. Dies erheischt eine Zufriedenheitsanalyse bei der Bevölkerung und eine Evaluation des Staatssystems.
- Im achten Schritt ist das System wo nötig zu reformieren.

d) Im vierten Schritt ist vor In-Kraft-Treten der Rechtsetzung ein Praxistest durchzuführen. Dieser kann anhand von repräsentativen Fällen abstrakt oder durch konkrete Planspiele erfolgen. Erst die Praxistests legen die vielfältigen Zusammenhänge der Rechtsetzung und die Vollzugsprobleme offen.

e) Das Strafrecht ist durch ein Durchsetzungsrecht zu ersetzen. Die Durchsetzung der Rechtsnormen darf nicht vorwiegend durch rein pönale, wenig differenzierte

Sanktionen geschehen, sondern muss durch entsprechend ausgestaltete Massnahmen verschiedenster Art erfolgen, deren Effektivität und Effizienz erwiesen ist.

f) Ein Weltstaat hat gegenüber dem aktuellen Modell der Nationalstaaten den Vorteil, dass die acht Schritte des Staatsleitungsmodells besser zu bewältigen sind. So sind Staatsziele wie die Sinnsuche, die Nachhaltigkeit und wirtschaftliche Ziele mit einem Weltstaat optimal verfolgbar, weil sie nicht mehr durch einzelstaatliche Partikularinteressen blockiert werden. Die Organisation eines Weltstaates ist zudem einfacher und transparenter als die Koordination vieler Nationalstaaten durch zwischenstaatliche Verträge und Organisationen. Reformen können im globalen Massstab schneller eingeleitet und umgesetzt werden. Der Abbau nationalistischer Vorurteile gegenüber anderen Kulturen führt zu einer grösseren kulturellen Vielfalt eines Weltstaates. Zur Verhinderung von Machtballungen ist der Weltstaat föderalistisch auszugestalten – er soll nicht zentralistisch, "von oben" aufoktroiert werden, sondern sich aus einem System immer stärkerer Zusammenarbeit der einzelnen Staaten über einen internationalen Staatenbund zum Bundesstaat entwickeln. Der Weltstaat ist Diener und Motor einer aufgeklärten Weltgesellschaft.

Quellen

[Ein Staatsleitungsmodell](#), Basel 2000

[Staatsleitung und politische Parteien](#), Basel 2008

[Vom Strafrecht zum Durchsetzungsrecht](#), Basel 2007

[Der Weltstaat](#), Basel 2008

[New Public Management](#), Basel 2006

4. Wirtschaftspolitik

a) Aufgrund seiner umfassenden Verantwortung hat der Staat auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu setzen. Die Ausgestaltung dieser Rahmenbedingungen erfolgt anhand der synthetisierten Bedürfnisse im Rahmen der Wirtschaftspolitik.

b) Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik muss namentlich die Bedürfnisse nach Rang und Macht synthetisieren. Die Bedürfnisse nach Rang und Macht stammen aus der biologischen Evolution des Menschen, haben aber in der heutigen kulturellen Evolution nicht mehr dieselbe Berechtigung. Da diese Bedürfnisse regelmässig mit Statussymbolen einhergehen, führen der hohe Ressourcenverbrauch und die entsprechende Umweltbelastung durch diese Statussymbole in Kombination mit einem ungebremsten Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft zu einer Gefahr für die kulturelle Evolution.

c) Aktuell wird im Gleichklang mit einer nicht mehr nachhaltigen Wachstumsideologie und in Ermangelung einer umfassenden, tragfähigen Weltanschauung der "Markt" zur weltweiten Religion erhoben. Eine derartige ideologische Monokultur muss scheitern. Es ist darauf hinzuarbeiten, diese eindimensionale ökonomische

mische Sichtweise zurückzudrängen. Mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum beschränken zu können, ist die Geldpolitik zu analysieren und allenfalls entsprechend anzupassen.

Quellen

Grundlagen des Studium generale, Basel 2008

Ein Staatsleitungsmodell, Basel 2000

Partnerschaft und Familie, Basel 2006

Der 11. September, Basel 2002

Statussymbole, Basel 2008

Hans Christoph Binswanger, Die Wachstumsspirale in der Krise – Ansätze zu einer nachhaltigen Entwicklung, Zürich 2009, www.ecopop.ch

5. Bevölkerungspolitik, nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität

a) Der in der entwickelten Welt verbreitete Lebensstandard mit einer entsprechend hohen Lebensqualität kann nicht aufrecht erhalten werden, solange der Ressourcenverbrauch, die Umweltbelastung und die Bevölkerungszahl zunehmen. Zur Sicherung dieser Lebensqualität müssen globale Massnahmen ergriffen werden, insbesondere auch dann, wenn diese Lebensqualität allen Menschen zukommen und gar noch gesteigert werden soll.

Bevölkerungszahl, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung müssen deshalb in ein stabiles Gleichgewicht gebracht werden. Dieses Gleichgewicht ist zeitlich dann stabil, wenn es für alle zukünftigen Generationen unverändert bleibt. Dies erscheint zurzeit global als nicht möglich; auch regional erscheint dies allenfalls zeitlich befristet in einem gewissen Umfang möglich. Für die Schweiz wurde zum Beispiel errechnet, dass sie bloss eine Million statt der heute rund sieben Millionen Einwohner beherbergen dürfte, wenn sich diese Einwohner allein auf die landeseigenen, erneuerbaren Ressourcen stützen könnten.

b) Nach der hier vertretenen Meinung besteht der sinnvollste, sicherste und logischste Weg in dieser Situation darin, die Bevölkerung derart zu reduzieren, dass ihre Zahl im Verhältnis zu ihrem Ressourcenverbrauch und der Umweltbelastung den Grundsätzen der Nachhaltigkeit genügt. Angesichts der für die Schweiz und andere entwickelte Staaten berechneten Zahlen und um der dritten Welt eine angemessene Entwicklung zu ermöglichen, sollte, grob geschätzt, eine generelle Reduktion der Weltbevölkerung auf durchschnittlich einen Zehntel des heutigen Bestandes angestrebt werden. Dies ergibt neu eine Weltbevölkerung von 600 Millionen Menschen. Dies führt bei einer totalen Landfläche von knapp 150 Millionen km² zu einer Bevölkerungsdichte von rund vier Menschen pro km², entspricht also der heutigen Bevölkerungsdichte Australiens und Kanadas.

Bei der anzustrebenden Bevölkerungsreduktion sind die regionalen Reduktionen nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit zu bemessen. Parallel dazu ist es unumgänglich, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung insbesondere durch

technische Massnahmen zu beschränken. Es besteht die Hoffnung, dass durch den technischen Fortschritt eine nachhaltige Entwicklung ermöglicht wird, ohne dass die Bevölkerungszahl derart stark reduziert werden muss. Massnahmen im Hinblick auf eine langfristige Reduktion der Bevölkerungszahl müssen so rechtzeitig eingeleitet werden, dass sie allein über Anreizsysteme und Überzeugungsarbeit verwirklicht werden können. Zwang ist fehl am Platz. Man muss sich aber bewusst sein, dass in zahlreichen Politikbereichen stets Bevölkerungspolitik betrieben wird, ob man will oder nicht. Massnahmen in den Gebieten Steuern, Familienpolitik, Sozialversicherungen, Raumplanung, Bildungspolitik, Ausländerpolitik und Migration wirken sich stets auf die Bevölkerungszahl aus. Ein grundlegender und unverzüglicher Strategiewechsel in diesen Bereichen ist heute zwingend, um unkontrollierbare Zustände grösseren Ausmasses als Folge einer falschen Bevölkerungspolitik zu vermeiden.

c) Mit einer signifikanten Bevölkerungsreduktion sind eine Vielzahl weiterer Vorteile, zum Beispiel in der Ausländer- und Arbeitsmarktpolitik, verbunden. So ist anzunehmen, dass bei einer Weltbevölkerung von einer halben Milliarde Menschen deutlich weniger Wanderungsbewegungen nötig und zudem besser verkraftbar sind als heute. Weiter ist damit zu rechnen, dass ein Rückgang der Arbeitskräfte die Arbeitslosigkeit eher vermindert als das heute herrschende weltweite Bevölkerungswachstum von jährlich etwa 80 Millionen Menschen. Schliesslich führt die Bevölkerungsreduktion zu einer deutlichen Steigerung der Lebensqualität, da der heutige Dichtestress entfällt.

Quellen

[Ziele](#), Basel 2010

[Verleugnung der Grenzen des Wachstums](#), Basel 2006

6. Religionen

a) Die heutigen Weltreligionen (Christentum, Islam, Buddhismus, Hinduismus und Judentum) beschäftigen sich mit der Frage nach Gott und der Schöpfung, dem Ende des weltlichen Daseins, der Idee der Wiedergeburt und dem Tod, stellen Verhaltensregeln auf und verehren ihre Propheten und Religionsgründer. Trotz diesen im Wesentlichen übereinstimmenden Fragestellungen sind die Antworten oft verschieden. Allein schon dies lässt Zweifel am Wahrheitsgehalt dieser Religionen aufkommen, insbesondere da sich auch keine Anhaltspunkte dafür finden lassen, dass eine dieser Religionen sich vor allen anderen auszeichnet. Vielmehr drängt sich die Annahme auf, dass all diese Religionen nicht göttlicher, sondern menschlicher Herkunft sind. Dies gilt umso mehr, als ihre Inhalte durchwegs den Vorstellungen der Zeit entsprechen, in der ihre Verkünder lebten.

b) Die Stärken der Religionen sind bei dieser Sicht der Dinge weniger ihre Antworten als ihre Fragen. Die auffällige Übereinstimmung der religiösen Fragestellungen lässt vermuten, dass damit wichtige menschliche Bedürfnisse angesprochen werden. Diese Bedürfnisse dürfen nicht negiert werden. Doch sind religiöse

Fragestellungen auf der Grundlage der naturwissenschaftlichen Vorstellungen über die Evolution zu beantworten. Wenn die naturwissenschaftlich begründeten Evolutionstheorien gegenüber den Religionen als Weltbild bevorzugt werden, beruht dies auf verschiedenen Überlegungen. So werden die einschlägigen Theorien durch Experimente falsifiziert und haben sich in unzähligen Anwendungen bewährt. Zudem entsprechen sie dem neuesten Stand der Wissenschaften und werden laufend aktualisiert. Es besteht ein steter Wettbewerb um die besten Ideen, an der eine Vielzahl von international tätigen Wissenschaftlern beteiligt ist. Auswahl und Wissen der entsprechenden Wissenschaftler weisen darauf hin, dass sie die "Verständigsten" sind. Schliesslich lässt sich trotz vieler Lücken ein überzeugender Zusammenhang der Theorien aufzeigen, nämlich die Idee einer umfassenden Evolution.

c) Es ist eine Tatsache, dass sich Staat und Kirche nicht vollständig trennen lassen. So prägen viele kirchliche Traditionen das Staatswesen und damit auch den Alltag der Bevölkerung, wie z.B. Vereidigungsrituale in der Politik, kirchliche Feiertage, Kirchensteuern und Religionsunterricht an staatlichen Schulen. Diese staatlichen und gesellschaftlichen Elemente der Religion sind zu ersetzen.

d) Dementsprechend hat die Basler Gesellschaft Au Bon Sens die religiösen Fragen beantwortet und neue Rituale samt entsprechender Symbolik entwickelt. Die Strategiepartei unterstützt die Weiterentwicklung und Verbreitung dieser Ideen mit dem Ziel eines evolutionär geprägten Weltbildes.

Quellen

[Religionen, Rituale und Symbole](#), Basel 2002

[Evolution und Religionen](#), Basel 2004

[Evolution, Gott und Wahrheit](#), Basel 2008

7. Partnerschaft und Familie

a) Auffallend ist die Vielfalt von Partnerschaftssystemen, die der Mensch weltweit aufweist. Rund um die Partnerschaft bestehen beim Menschen verschiedene weitere Formen des Zusammenlebens, in der Regel im Rahmen der verwandtschaftlichen Beziehungen, sogenannter Familien. Allerdings zeigt sich in den westlichen Ländern eine deutliche Tendenz zum Alleinleben. Im Resultat empfiehlt es sich, ein möglichst flexibles System zu schaffen, um wechselnden Bedürfnissen und Umweltbedingungen Rechnung tragen zu können. Dies bedeutet, dass nicht nur eine, sondern verschiedene Partnerschaften und Familien rechtlich möglich sein sollten. Unterschiede sind zum Beispiel sinnvoll für monogame oder polygame oder homosexuelle Partnerschaften, für Partnerschaften mit oder ohne Kinder, für Partnerschaften mit hauptsächlich haushaltführendem oder ohne hauptsächlich haushaltführenden Partner, für Partnerschaften mit verschiedenen Vermögens- und Einkommensverhältnissen der Partner, für Partnerschaften mit oder ohne gemeinsamen Haushalt und für Partnerschaften mit Einbezug Dritter, insbesondere Verwandter, in das Zusammenleben. Zum Schutz der schwächeren

Partner empfehlen sich zwingende Regelungen unterschiedlicher Natur, insbesondere zum Schutz der Kinder.

b) Zur Hilfestellung und zur Forschung ist ein sogenanntes «Institut für Partnerschaft und Familie» einzurichten. Dieses Institut steht bei der Gründung, beim Verlauf und bei der Auflösung von Partnerschaften und Familien mit Rat und Tat zur Verfügung. Das Institut wird von der Strategiepartei bei der Gründung und bei seiner Tätigkeit unterstützt.

Quellen

[Partnerschaft und Familie](#), Basel 2006

8. Studium generale

a) Die Wahrheit ist das Ganze, und eine Universität sollte sich mit dem Ganzen befassen. Ein Studium generale kann helfen, den Überblick zu behalten, das Wesentliche ins Zentrum zu rücken und ein sinnloses Zerfallen der Wissenschaft in zu viele unnötig spezialisierte Fachgebiete zu verhindern. Zahllose Initiativen zur Inter- und Transdisziplinarität belegen die Dringlichkeit eines Studium generale. Das Studium generale stellt grundlegende Fragen und gibt die möglichen Antworten auf einer holistischen Grundlage. Zuerst wird gefragt, woher wir kommen und wer wir sind. Dann wird gefragt, wohin wir gehen sollen. Die möglichen Antworten werden insbesondere aufgrund der kosmischen, biologischen und kulturellen Evolution gegeben.

b) Im Gegensatz zu den existierenden Studia generalia soll es sich bei unserem Studium generale um ein echtes Studium generale handeln. Dies bedeutet, dass es seinen Absolventen das Orientierungswissen und die methodischen Grundlagen vermittelt, worin sich die Fachstudien einbetten lassen. Deshalb kann es als allgemeiner Teil der Wissenschaften dienen. Zu diesem Zweck muss das Studium generale Ziele, eine Systematik, eine Erkenntnistheorie und eine Sprache von entsprechender Allgemeingültigkeit entwickeln. Alle wesentlichen Fachgebiete sollen in den Grundzügen behandelt werden. Damit stellt das Studium generale sicher, dass seine Absolventen das nötige Orientierungswissen erwerben. Auf dieser Grundlage ist es den Absolventen möglich, die Inhalte der anderen Fächer nachzuvollziehen und in ihr eigenes Fach zu integrieren. Zudem sollen die Absolventen praktische Fähigkeiten erlangen, um unsere wissenschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationen führen zu können. Der holistische Ansatz des Studium generale vermittelt den Absolventen schliesslich einen optimalen Überblick. Angesichts der Dauer der heutigen Fachstudien soll das Studium generale zwei Semester dauern, wobei ein Semester vor und eines nach dem Fachstudium absolviert werden kann.

Zur Umsetzung des Studium generale ist eine eigene Organisation zu gründen.

Quellen

[Grundlagen des Studium generale](#), Basel 2008

9. Globaler, holistischer Think Tank

Obwohl private "Think Tanks" und die weltweite Verbreitung der Marktwirtschaft als solche zu begrüßen sind, darf die staatliche Ebene nicht durch wenige Private mit eindimensionaler Optik beherrscht werden, wie dies durch Organisationen der privaten Weltpolitik versucht wird. So ist der soziale Friede nicht zu sichern. Und so wird die Vielfalt möglicher Lebensgestaltungen und möglicher Ideen ohne ausreichende Legitimation unterdrückt, was unserer kulturellen Evolution Schaden zufügt. Deshalb ist als Impulsgeber und Instrument der Weltpolitik ein globaler, holistischer (nicht spezifisch wirtschaftlicher) Think Tank zu gründen. Die Basler Gesellschaft Au Bon Sens versucht, diese Aufgabe zu erfüllen. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass sich das WEF entsprechend weiterentwickelt. Die Strategiepartei unterstützt jegliche Bemühungen in diese Richtung.

Quellen

Klaus Schwab, [Neue Wege der globalen Zusammenarbeit](#), in: NZZ vom 27. Januar 2010

10. Die nächsten Schritte

- a) Obwohl die Partei mittelfristig global tätig werden möchte, muss sie auf regionaler und nationaler Ebene ihren Anfang finden. Aus naheliegenden Gründen konzentrieren wir uns am Anfang auf den Kanton Basel-Stadt und später auf die Schweizerische Eidgenossenschaft. In diesen Gemeinwesen sind die Forderungen des politischen Programms – soweit möglich – umzusetzen.
- b) Im Rahmen des Kantons Basel-Stadt soll die Stadt Basel als "Stadt der Ideen" als Impulsgeber und Ausgangspunkt für die Verbreitung unserer Ideen dienen. Dasselbe gilt für die Schweiz.
- c) Die aktuellen politischen Probleme müssen unter Berücksichtigung unserer Ideen kurzfristig mittels des aktuellen politischen Modells und mittel- bis langfristig mittels des vorgeschlagenen Staatsleitungsmodells bearbeitet werden.

Quellen

[Basel – Stadt der Ideen – Geld und Geist](#), BaZ-Artikel vom 22. Juli 2005
[Ein Staatsleitungsmodell](#), Basel 2000
[Staatsleitung und politische Parteien](#), Basel 2008
[New Public Management](#), Basel 2006

© Nico Baumgartner, Christoph Meier, Luc Saner, Basel 2010. Alle Rechte vorbehalten.

Internet: www.aubonsens.ch/schriften/staatsleitung/stp.pdf